

Robert Habeck

Wer wir sein könnten

Warum unsere Demokratie eine offene
und vielfältige Sprache braucht

Kiepenheuer & Witsch



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC® N001512

1. Auflage 2018

© 2018, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Rudolf Linn, Köln

Umschlagmotiv: © Dennis Williamson

Gesetzt aus der Arno Pro

Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-462-05307-4

Inhalt

Sprache schafft Wirklichkeit	9
Sprache ist Handlung	17
Es gibt keine Politik vor und jenseits der Sprache	21
Demokratie lebt vom Streit und Kompromiss	27
Die Umwertung von Begriffen	33
Menschen werden Dinge	44
Wer sagt, dass alles gleich ist, bestimmt, wer ungleich ist	51
Die Nation als Kunstwerk	56
Feier des Unvollendeten	65
Kunst darf nicht dienen	74
Sprechen ist Übersetzen	79
Sprachliche Ohnmacht ist politische Ohnmacht	87

Sprache schafft Wirklichkeit

Sprache schafft die Welt. Sie ist nie nur Abbildung von ihr, sondern bringt sie immer auch hervor. Das gilt grundsätzlich. Und das gilt erst recht für die aktuelle politische Debatte in Deutschland, die in den letzten Monaten von Sprachverrohung und Stigmatisierung geprägt war. Nach einer langen Zeit der politischen Sprachlosigkeit ist eine des politischen Brüllens und Niedermachens angebrochen. Kränkungen lösen Argumente ab, Beleidigungen werden probates Mittel der gesellschaftlichen Diskussion. Statt sich zu widerlegen, beginnt man, sich gegenseitig zu bezichtigen. Die Konsequenz ist, dass sich Milieus und Gruppen immer fester zusammenschließen und immun machen für Argumente und Interessen, die nicht ihre sind. Denn wenn man nur lange genug abgewertet und missachtet wird, erlahmen irgendwann Toleranz, Verständnis, Anteilnahme. Sich auf einen Kompromiss einzulassen, gemeinsame Ziele, mindestens eine gemeinsame Problemstellung, zu formulieren, wird dann immer schwieriger.

Nun kann man Kompromissfähigkeit als laue Politik abtun und sich über die Polarisierung freuen. Aber Kompromissunfähigkeit ist kein Beleg dafür, dass man sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzt. Sich für die Sicht von anderen immun zu machen, mündet in Rechthaberei. Und die kennt nur Schmähung und Skandal, sieht nur Opfer und Verräter. Und zwar sich selbst als Opfer und die anderen als Verräter. So kommen wir wohl kaum zu neuen politischen Einsichten, von Lösungen gar nicht zu reden.

Wie diese sprachliche Grenzverschiebung der letzten Zeit funktioniert, der immer auch eine politische folgt – ja folgen muss, wenn Sprache Welt ist –, und was der Unterschied ist zwischen fundamentalistischem und demokratischem Sprechen, möchte ich in diesem kleinen Buch skizzieren. Und ich möchte der Frage nachgehen, wie wir eine offene, dem Menschen zugewandte, kritische und kritikfähige, streitbare und kompromissfähige Gesellschaft sein können – überzeugt davon, dass den Anfang dafür die Sprache schafft.

Im Sommer 2018 konnte man in Chemnitz beobachten, was passiert, wenn sprachliche Verrohung wirkliche wird, wenn aus politischer Jagd Jagd auf Menschen wird. Und wenn der Rechtsstaat sein Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann, dafür sich aber rohe Gewalt auf der Straße durchsetzt. Dass Innenminister Horst Seeho-

fer, der mit Blick auf die Geflüchteten der Jahre 2015 von einer »Herrschaft des Unrechts« sprach, angesichts dieser Vorkommnisse erst lange schwieg und dann dürre Sätze fand, in denen er es nicht fertigbrachte, Begriffe wie »rassistisch«, »rechte Gewalt«, geschweige denn »Neonazi« unterzubringen, zeigt, dass auch falsche Sprachlosigkeit ein politisches Problem ist und falsches Verständnis für das Gesagte die Grenze des Sagbaren immer weiter verschiebt.

Das Buch bleibt auf der Ebene der politischen Sprache. Das ist seine Grenze. Aber zu sagen, es handele nur von politischer Sprache, würde diese Grenze zu eng ziehen. Denn wie wir sprechen, entscheidet darüber, wer wir sind. Und wer wir sein könnten. Nur was wir sagen können, können wir denken. Was wir aussprechen, wird Wirklichkeit. Lobe einen Menschen, und seine Freude darüber macht ihn selbstbewusster, kritisiere ihn, und er zweifelt an sich. Erst als wir Worte für sie hatten, gab es sie: die romantische Liebe.

Ich benutze das Beispiel der romantischen Liebe manchmal bei Podiumsdiskussionen, wenn es um die Frage geht, ob auch liberale, progressive, linke Politikerinnen und Politiker verhunzte oder mindestens beschwerte Begriffe wie »Heimat«, »Gemeinwohl«, »Gemeinschaft«, »Patriotismus« oder sogar »Deutschland«

verwenden dürfen. Ich meine, dass sie es sollten. Denn wenn wir auf Begriffe verzichten, weil sie im Lauf der Geschichte missbraucht und in anderen Kontexten anders interpretiert wurden, könnten wir auch nicht mehr über »Freiheit«, »Leistung«, »Verantwortung« oder eben »Liebe« sprechen. Die Forderung, jedes Wort aus unserem Sprachschatz zu streichen, das schon einmal politisch anders verwendet wurde, wiederholt implizit eine falsche Annahme über das, was Sprache ist und macht. Sprache repräsentiert nicht etwas, was ohne sie da wäre, sondern bringt aktiv Wirklichkeit hervor.

Ich will damit nicht leugnen, dass es ein Gefühl wie Liebe auch vor dem Zeitalter der romantischen Liebe schon gegeben hat. Und ich will auch nicht sagen, dass Liebe ein rein sprachliches Erzeugnis ist. Dieses Gefühl, füreinander bestimmt zu sein, aufeinander zu achten und achtgeben zu müssen, Innigkeit, Vertrautheit – all das hatte schon immer eine fundamentale Bedeutung für Menschen. Aber die romantische Liebe, wie wir sie kennen, gab es nicht immer. Vor allem die Literatur und Kunst – angefangen bei Shakespeares »Romeo und Julia« bis Goethes »Leiden des jungen Werthers«, von Petrarca bis Friedrich Schlegels »Lucinde« – schuf das Konzept der romantischen Liebe. Sie ist eine soziale Erfindung, eine Errungenschaft. Kein Gefühl, sondern eine »Gefühlsdeutung«, wie der Soziologe Niklas

Luhmann es einmal formulierte. Und diese Gefühlsdeutung fällt nicht zufällig mit dem Ende des Mittelalters und dem Beginn der Moderne zusammen. Denn die Moderne unterscheidet sich vom Mittelalter vor allem durch die Vorstellung einer offenen, nicht festgelegten Zukunft und durch die Möglichkeit, zumindest die Hoffnung, als Individuum eigene Erfahrungen sammeln, eigene Wege gehen, ein eigenes Leben leben zu können. Dadurch aber wurde die Gegenwart der Menschen ziemlich unübersichtlich. Die ständische Ordnung begann, sich aufzulösen. Dass man nur innerhalb seines Milieus, seiner Religion, seiner Klasse heiraten durfte, dass Eltern für Kinder Braut oder Bräutigam ausuchten, dass Liebe Ordnung schuf, diese Zeit war vorbei. Stattdessen gab es Chaos. Vor allem ein Chaos der Herzen.

Die neue Form der Freiheit brauchte eine neue Kategorie der Ordnung, eine Rechtfertigung, relevant zu sein, obwohl Eltern, Fürst, Gesellschaft sie noch als Verirrung einstufte. Und so wurde die romantische Liebe erfunden. Sie sortierte das Chaos. Sie stiftete Sinn. Und zwar, indem sie den geliebten Menschen überhöhte. Das Wesen der Person, seine Seele, sein Menschsein – all das war es nun, was die Liebenden füreinander einnahm und bis heute einnimmt – mit Haut und Haar. Wer er oder sie war, was sie verdiente, an wen er glaubte – das wollte

man nicht wissen, und es sollte auch nicht mehr relevant sein.

Die romantische Liebe ist ein Konzept, das stabilisiert. Allerdings nicht mehr auf der Basis eines objektiven Teilaspekts wie eines guten Elternhauses, einer reichen Mitgift, der Interessen von Familien, sondern aufgrund der Erscheinung der ganzen Person. Im Ideal der romantischen Liebe lieben wir einen Menschen, so wie er oder sie ist, mit all seinen Fehlern und Schwächen. Ja, gerade Fehler und Schwächen werden in dieser Liebe zu verehrungswürdigen Eigenheiten übersteigert. Die Übertreibung schafft die Faszination. In dem Sinn ist romantische Liebe immer total. Wir kennen den Menschen, den wir lieben, ja eigentlich gar nicht, wenn wir uns in ihn oder sie verlieben. Aber wir projizieren alles, was noch kommen mag – die gesamte Zukunft –, in das geliebte Gegenüber bzw. machen uns die Einstellungen des anderen zu eigen.

Im Spätkapitalismus leben ganze Branchen von diesem Konzept der Liebe. Popsongs behaupten, »all you need is love«; Hollywood hat eine ganze Industrie auf der filmischen Vermarktung von Liebesbeziehungen aufgebaut, kein Agentenfilm ohne Küsse, kein Kriegsdrama ohne Schmachten, kein Schmerz ohne Herz; Kosmetika und Parfüms haben eine ganz eigene Bildsprache, um Verlangen darzustellen und Duftmarken des Individuellen zu prägen.

Liebe ist eine sprachliche Erfindung, die eine gesellschaftliche Wirklichkeit geschaffen hat. Und keineswegs die einzige. Man könnte Ähnliches über Weihnachten, das bei uns Deutschen Wehmut und Gefühlsschwere auslöst, in unserem Nachbarland Dänemark ein fröhliches Fest ist, ausführen, über die Unbescholtenheit und Unbeschwertheit von Kindheit, die auch erst zu einem eigenen Wert gemacht wurde, oder über das Geld, dessen Wert davon abhängt, wie über das Geld gesprochen wird. Dass Börsenspekulationen immer auch Psychologie sind, ist eine technische Umschreibung dafür, dass sich Vertrauen durch Sprache bildet. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr damaliger Finanzminister Peer Steinbrück im Oktober 2008 nicht vor die Kameras getreten wären und behauptet hätten, unser Geld sei sicher, wäre es nicht sicher gewesen. Wenn wir nicht an den Wert des Systems Geld glauben würden, das System würde zusammenbrechen.

Das gilt erst recht für die Sprache der Politik. Unsere Welt ist eben nicht einfach da, und wir Politiker müssten nur angemessen oder besser erzogen über sie reden, wie der FDP-Vorsitzende Christian Lindner meint, wenn er eine »verprollte, vertrumpte Sprache« beklagt. Auch diejenigen verfehlen den Punkt, die behaupten, die CSU habe in den Sommermonaten 2018 in der politischen Auseinandersetzung mit der CDU in der Sache

recht gehabt, lediglich der sprachliche Stil sei falsch gewesen. Es ging und geht nicht um Stilfragen. Es geht um mehr: weil Sprache eben eine konstituierende Funktion hat. Weil bei all den sprachlichen Attacken der letzten Zeit – und sei es manchmal auch unbeabsichtigt – via Sprache tatsächlich schon eine andere »Wirklichkeit« entstanden ist.

Sprache ist Handlung

In der Politik ist Sprache das eigentliche Handeln. Ganz buchstäblich. Indem Eide geschworen oder Verfassungen und Gesetze beschlossen werden, tritt eine neue Wirklichkeit in Kraft. »Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben«, hebt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland an. Mit dem Satz der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung »Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen worden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freiheit und das Bestreben nach Glückseligkeit« waren diese Wahrheiten in den Vereinigten Staaten ausgemacht. Und mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekamen sie universalen Anspruch: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind

mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.«

Auch in der konkreten Auseinandersetzung eines verunsicherten Deutschlands ist Sprache Politik und Politik Sprache. Mehr noch: Die letzten drei Jahre – und vor allem der Sommer 2018 – machten die Sprache selbst zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung.

Lange schien vergessen, was wir eigentlich alle wissen: dass Sprache in der Politik keine Stilfigur ist und ihre Analyse nicht nur etwas für Linguisten und Politikwissenschaftler, sondern dass sie selbst den Inhalt von Politik ausmacht. Der politische Rechtsruck macht sich zuallererst an der Sprache fest. AfD-Radikale wie der Brandenburger Parteivorsitzende Andreas Kalbitz beschrieben beim sogenannten Kyffhäusertreffen 2018 die AfD als »Totengräber der fauligen Reste dieser 68er-Zersetzung« und sprachen von einem »am Boden liegenden, entmerkelten Rest einer Nation«. Für die stellvertretende AfD-Chefin Beatrix von Storch ist Angela Merkel die »größte Rechtsbrecherin der deutschen Nachkriegsgeschichte«. Alice Weidel, die Fraktionsvorsitzende der AfD, twittert von »Zensurgesetzen« und der »Unterwerfung unserer Behörden vor den importierten, marodierenden, grapschenden, prügelnden, Messer stechenden Migrantenmobs, an die wir uns gefälligst gewöhnen sollen«. AfD-Landesvorsitzende be-

zeichnen die deutsche Demokratie als »Altparteienkartell und Fassadendemokratie«. Den gleichen Begriff verwendet Sahra Wagenknecht. Der italienische Innenminister bezeichnet Geflüchtete als »Menschenfleisch«. Vor »Geflüchtete« wird »sogenannte« geschrieben.

Auch ohne genauere Analyse bemerkt man, dass dies eine andere Sprache ist, als sie bisher im demokratischen Streit gesprochen wurde. Und ich möchte mit diesem Buch einen Beitrag dazu leisten, zu verstehen, was genau an dieser Sprache anders ist und wie sich durch sie die Politik selbst verändert.

Ja, auch die Sprache linker Politik ist bei Weitem nicht immer nüchtern und ausgewogen. Sie ist oft bevormundend und manchmal ausgrenzend. Noch häufiger ist sie schlicht gedankenlos und blutleer. Im schlimmsten Fall übernimmt sie einfach rechte Sprachbilder. Und das schließt mich selbst ein. Wenn man den ganzen Tag reden muss und im Innenkosmos der Politik ist, unterlaufen einem Fehler, Gedankenlosigkeiten. Man wird hingerrissen, selbst ab und zu mal deftig sprachlich auszuteilen. Ich werde auch dieser linken Sprachschwäche nachgehen und versuchen nachzuzeichnen, welchen Anteil sie am Erstarken des Rechtspopulismus und der Neuen Rechten hat. Am Ende jedoch geht es mir darum, eine Perspektive aufzuzeigen, eine sprachliche, eine politische. Deshalb dieses Buch. Deshalb dieses Buch jetzt.

Wer wach auf die demokratischen Gesellschaften schaut, sieht, dass etwas ins Rutschen geraten ist. Dinge passieren, die man für nicht möglich gehalten hat. Trump wird amerikanischer Präsident, Großbritannien tritt aus der EU aus, in Italien regieren Links- und Rechtspopulisten gemeinsam. Es ist die Zeit, sich politisch einzumischen. Die Jahre der Alternativlosigkeit sind vorbei. Sie werden abgelöst durch eine Zeit des politischen Rechtsrucks und der sprachlichen Ideologisierung. Was wir also brauchen, ist eine Sprache, die Alternativen zulässt, die offen ist. Für eine Politik, die Vielfalt und Verschiedenheit als Stärke und Reichtum begreift. Dieses Buch ist der Versuch einer Annäherung.

Es gibt keine Politik vor und jenseits der Sprache

Politik steht nie still. Immer gibt es etwas zu tun, etwas zu ändern, etwas zu debattieren. Erst wenn Menschen sich nicht mehr ändern würden, die Zeit stillstünde, es keine Veränderungen und keinen Fortschritt mehr gäbe, müssten wir uns nicht mehr vergewissern, wer wir sind, wer wir sein könnten und wer wir sein wollen. Das ist weder erstrebenswert noch wäre es besonders lustig. Die Verheißung des Paradieses auf Erden ist eigentlich ein Fluch. Goethe hat das erkannt. Wenn Faust zum Augenblick sagen kann: »Verweile doch, du bist so schön«, gehört seine Seele dem Teufel. Der Himmel ist nur für Engel da. Und die sind geschlechtslos.

Also ist Politik Auseinandersetzung und Meinungsringen um die gesellschaftliche Wirklichkeit. In der Politik ist Sprache kein politisches Instrument neben anderen. Es gibt faktisch keine Politik vor und jenseits der Sprache. Wie in der Politik etwas gesagt wird, entscheidet, was in der Politik gedacht und was gemacht wird.

Über viele Jahre hatte man in Deutschland den Eindruck, dass es politisch um nicht viel geht. Angela Merkel übernahm politische Positionen der Opposition – den Atomausstieg, die Abschaffung der Wehrpflicht, den Mindestlohn –, erläuterte ihre politischen Drehungen und Wendungen indes kaum. Das gilt erst recht für die Bankenrettung, die die Niedrigzinspolitik einleitete, und für die Aufnahme der Flüchtlinge aus Budapest im September 2015. Weil es keine sprachlichen Erläuterungen gab, gab es auch keine Angriffsfläche. »Wir schaffen das« war eine Behauptung, eine starke Behauptung. Aber eben nur das. Wenn man etwas behauptet, ohne es mit einer Anschauung zu unterlegen, dann geht das meistens schief.

Dabei ging es politisch die ganze Zeit über um extrem viel. Wie wir heute immer deutlicher sehen, höhlt die Globalisierung und Liberalisierung der Wirtschaft die liberale Demokratie selbst aus, wurde der Klimaschutz langsam, aber sicher ad acta gelegt, gelang es nicht, eine europäische Idee jenseits der ökonomischen Union zu formulieren. Letztere speist sich aus der Idee, dass »der« Markt schon dafür sorgen werde, dass sich die Lebensverhältnisse angleichen und am Ende alle gewinnen. Aber das erwies sich als falsch.

Nun kann man von einer Regierung kaum fordern, dass sie eine Opposition gegen sich selbst formuliert.

Und man kann Angela Merkel auch nicht vorwerfen, dass sie als Regierungschefin eine Sprache entwickelt hat, die möglichst wenig Angriffspunkte bietet. Die muss die Opposition schon selbst finden. Und das gelang ihr nicht. Eine Politik der »Alternativlosigkeit« konnte also nicht zuletzt entstehen, weil es viele Jahre lang auch sprachlich so ruhig zugeht. So ruhig, dass man fast vergessen konnte, wie sehr Politik und Sprache miteinander verwoben sind. Am Ende glaubten wir, Politik sei der Streit über 0,5 oder 1,5 Prozent mehr oder weniger von diesem oder jenem. Das kulminiert dann in Formulierungen wie »atmender Deckel«, sowohl für die Anzahl der Flüchtlinge, die wir bereit sind aufzunehmen, als auch für das neue Ausschreibungssystem bei Windkraftanlagen. Oder wie der »doppelten Haltelinie«, mit der die SPD das Absinken der Rente verhindern will. Hölzerner geht es kaum. Die sprachliche Trägheit entspricht der politischen. Die Möglichkeit einer anderen Politik wird nicht artikuliert. Aber Politik ist eben nicht der Streit um 0,5 oder 1,5 Prozent mehr oder weniger von diesem oder jenem. Sie ist der Streit über mögliche Welten.

Alltägliche politische Arbeit manifestiert sich nicht zuletzt in dem Versuch, Formulierungen zu finden, Begriffe zu besetzen, um beim politischen Gegner, mehr

noch in der Öffentlichkeit, ein Bewusstsein für politische Probleme zu schaffen. Wenn zum Beispiel seit einigen Jahren statt von der »Klimakatastrophe« – 2007 von der Gesellschaft für deutsche Sprache immerhin noch zum Wort des Jahres gewählt – vom »Klimawandel« geredet wird, dann hat man das gute Gefühl, einen Wandel gestalten zu können. So versuchen wir Grünen bewusst von der »Klimakrise« zu reden, um die Dramatik der Situation wenigstens etwas deutlicher zu machen. (Der Begriff wurde inzwischen übertroffen durch das Wort »Heißzeit«, das im Juli 2018 während der Dürre aufkam.)

Die konservativen Parteien wollen kein »Einwanderungsgesetz«, weil sie nicht wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsland wird, stattdessen sprechen sie von einem »Fachkräftezuwanderungsgesetz« – was faktisch das Gleiche ist, aber eine andere sprachliche Wirklichkeit entstehen lässt. Und sie sprechen von »Lohnuntergrenze«, weil sie nicht »Mindestlohn« sagen wollen.

Bei Diskussionen mit Vertretern der konventionellen Landwirtschaft löste der Begriff »Massentierhaltung«, immer wenn ich ihn benutzte, große Empörung aus. Er ist ein starker, polemischer Begriff. Denn eine Vorstellung von Masse hat irgendwie jeder. Ich wurde allerdings immer gefragt, wie ich Masse definieren würde. Und da bei Fragen des Tierschutzes eigentlich das indi-

viduelle Tier und sein Leid im Mittelpunkt stehen, geriet ich schnell in die Defensive. Also drehte ich den Spieß irgendwann um und sprach nur noch von »industrieller Tierhaltung« bzw. »industrieller Landwirtschaft«. Auch mit diesen Begriffen entsteht eine starke Vorstellung vor dem inneren Auge. Aber er ist präziser. Industrielle Fertigung meint Arbeitsteilung mittels Technik, Mechanisierung, Automatisierung und die Abhängigkeit von der permanenten Erhöhung der Produktivität. Und genau diese Abhängigkeit spüren die meisten Bauern heute.

Und wenn Politiker von »Herdprämie« sprechen, versuchen sie eine Politik abzuwerten, die ein konservatives Frauenbild vertritt und unter anderem die Berufstätigkeit von Müttern skeptisch sieht. Das »Heimchen am Herd« ist negativ besetzt, und diese negative Bewertung soll auf die Politik ausstrahlen. Dass sich damit wahrscheinlich die Frauen, die sich bewusst für ein solches Familienmodell entschieden haben, herabgesetzt fühlen, wird als Kollateralschaden in Kauf genommen. Wenn umgekehrt eine konservative Politik von »Mütterrente« spricht, dann versucht sie positiv zu deuten, wenn Mütter nicht berufstätig waren, weil sie sich um ihre Kinder gekümmert haben.

Nun ist es das eine, wenn sich Politiker Gedanken über ihre Sprache machen und versuchen, bestimmte

Begriffe zu nutzen, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Etwas anderes ist es, mit diesen Begriffen im politischen Alltag und in der Debatte rhetorisch bestehen zu müssen bzw. Menschen gegenüberzustehen, deren Selbstverständnis man mit der eigenen Sprache quasi beleidigt. Insofern gibt es einen Unterschied zwischen »Massentierhaltung« und »Herdprämie« einerseits und »Klimakrise« oder »Fachkräftezuwanderungsgesetz« andererseits. Die einen können oder sollen als Angriffe verstanden werden. Die anderen müssen sich im Streit, im Konflikt bewähren. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie deutlich machen, dass es keine Politik vor oder jenseits der Sprache gibt.